

Ressort: Finanzen

Ministerpräsidenten streiten um Einnahmen aus Solidaritätszuschlag

Berlin, 06.12.2014, 16:39 Uhr

GDN - Die Ministerpräsidenten mehrerer Länder haben vor den Finanzverhandlungen zwischen Bund und Ländern in der kommenden Woche in Berlin ihre unterschiedlichen Positionen bekräftigt. Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft (SPD), sagte: "Wir wollen mehr von dem behalten, was bei uns erwirtschaftet wird. Vor allen Umverteilungsmechanismen hat Nordrhein-Westfalen ein um 1000 Euro pro Einwohner höheres Steueraufkommen als Sachsen. Nach Umverteilung hat Sachsen 500 Euro pro Einwohner mehr als wir und mahnt uns öffentlich, doch bitte mehr zu sparen", berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" (F.A.S.).

Kraft sagte der F.A.S. weiter: "Eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kann es nur geben, wenn die Interessen Nordrhein-Westfalens angemessen berücksichtigt werden." Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) sagte der F.A.S.: "Das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag wird auch nach 2019 gebraucht. Darin besteht auch Einigkeit zwischen den Regierungschefs der Länder." Einen Altschuldenfonds lehnte Tillich ab. Er sagte der F.A.S.: "Jedes Land sollte für seine Schulden selbst einstehen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden setzt falsche Signale." Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), sagte der F.A.S., "ohne das entsprechende Finanzvolumen aus dem Soli wird ein Gesamtkompromiss zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 kaum gelingen".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-45901/ministerpraesidenten-streiten-um-einnahmen-aus-solidaritaetszuschlag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619